

# Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung.

Postzeitungspreisliste Nro. 1758.

Druck und Verlag von G. Möller-Bochum, Johannerstr. Nro. 22.  
Verantwortlich für die Redaktion: Otto Hue-Essen.

**Abonnementspreis** für Bergleute 40 Pfg. pro Monat; 1,20 Mk. pro Quartal frei ins Haus.  
Durch die Post bezogen pro Monat 1,50 Mk. pro Quartal 4,50 Mk. Einzelne Nummern kosten 1,— Mk.

**Anzeigen** kosten die fünfgepaltene Zeile ober deren Raum 20 Pfg.  
Bei 6maliger Aufnahme 25 Prozent Rabatt.  
12 88 1/2  
30 50

## An die Verbandskameraden!

Die Mitglieder des Verbandes haben durch unser Verbandsorgan erfahren, daß die Bergleute des Riesberges bei Osnabrück in den Ausstand getreten sind. Die Ursachen des Vorgehens der Kameraden sind ebenfalls in dieser Zeitung, ausführlich noch in vorliegender Nummer erläutert worden.

Der Vorstand des Verbandes deutscher Bergarbeiter erklärt, daß er ganz auf der Seite der Riesberger Kameraden steht, deren Wahrung aller Rechte unsere volle Zustimmung findet. Wir sind der vollen Überzeugung, daß sämtliche Verbandsmitglieder mit ihrem Vorstand in dieser Sache eines Sinnes sind.

Aber die nackte Sympathieerklärung nützt nichts; es muß handlung eingegriffen werden. Zunächst erziehen wir alle Kameraden, strengstens den Zuzug von Arbeitern nach dem Osnabrücker Revier zu hemmen. Kein einzelner Arbeiter fällt seinen kampfenden Kameraden in den Rücken. Weiter fordern wir die Verbandskameraden auf, die streikenden Arbeitsbrüder am Riesberg auch finanziell zu unterstützen. Im Ruhrrevier hat, wie wir hören, der Gewerkeverein schon Sammlungen eingeleitet. Kameraden beteiligt euch daran nach Kräften! Wo man unversetzt selbstständig vorgehen will, da sind wir gern bereit, Gelder in die Streikleitung zu übermitteln. Außerhalb des Ruhrgebietes werden die Verbandskameraden durchaus selbstständig vorgehen müssen. Thue jeder seine Pflicht als denkender Arbeiter.

Das vereinigte Kapital will die Arbeiter am Riesberg niederwürgen. Bergleute, Hütten- und Fabrikarbeiter, zeigt, daß die Solidarität der Unternehmer nicht höher steht, wie die gegenseitige Hilfe der Arbeiter. Kameraden, es handelt sich um einen Beweis praktischer Nächstenhilfe! Zeigen wir, daß die deutschen Bergleute ihre Kameraden nicht im Stich lassen.

Der Vorstand des Verbandes deutscher Berg- u. Hüttenarbeiter  
F. A.: Heinrich Möller.

## Der erste deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Kongress.

Auf dem Helmstedter Bergarbeiterkongress stellte Hermann Enker-Gülden den Antrag, nicht mehr die Verhältnisse der Bergarbeiter allein, sondern mit ihnen die der Hüttenarbeiter verhandeln auf den nach folgenden Kongressen. So kam es, daß der zu Osnabrück in Dortmund tagende der erste Berg- und Hüttenarbeiterkongress war. Deutsche Bergarbeiterkongresse sind von drei zusammen gewesen, der erste in Halle 1890, der zweite in Essen 1894, der dritte in Helmstedt 1897. Eigentlich hat die Namensänderung nichts an der Sache geändert, in Dortmund sind fast lediglich Bergarbeiterverhältnisse zur Sprache gekommen, weil die speziellen Delegierten für Hüttenarbeiter fehlten. Einige Redner zogen die Zustände der in den Hütten und Gruben arbeitenden Berufsge nossen in die Debatte. Wir dürfen ruhig einen Vergleich anstellen zwischen dem Dortmunder Kongress und seinen Vorgängern von Helmstedt, Essen und Halle.

Was zunächst das äußere Bild des Dortmunder Kongresses angeht, so zeichnete er sich durch besondere Merkmale aus: Weit mehr Teilnehmer als die Delegierten in jüngeren Mannesalter; es wuchsen die neuen Kräfte uns zu. Ferner war noch eine so große Zahl noch in der praktischen Berufsarbeit anwesend, die Delegierten auf einem Bergarbeiterkongress anwesend auf dem letzten; die Arbeiter streifen die Furcht ab, sie seien ohne Scheu ihre Staatsbürgerrechte. Die Gesamtzahl Mandate war auch auf keinem einzigen unserer Kongresse so groß wie in Dortmund. In Halle waren 67, in Essen 83, in Helmstedt 59 und endlich in Dortmund 110 Delegierte mit ihren Aufträgen ausgestattet. Alle deutschen Bergwerksgebiete waren durch Delegierte entsendet, oder es liefen Sympathiebeweise ein. Ober- und Niederdeutschland, aus Königreich und Provinz, aus Alt- und Neuhessen, aus Braunschweig, Hannover, Preußen, Westfalen, Saargebiet und Pfalz waren vertreten. Die Delegierten aus Bayern konnten lokal Schwierigkeiten haben keine Vertreter senden, schickten aber Zustimmungsschreiben. Die Arbeiterschaft sieht immer mehr den Nutzen öffentlicher, weithin sichtbarer Verhandlungen ein. Wir leben im Alter der Demonstrationen: Die Agrarier, die Industriellen, die Massenversammlungen, sie schreien; auch die Arbeiter in jetzt gehört sein.

Von der Bedeutung unseres Kongresses gaben auch die zahlreich erschienenen Pressevertreter Kunde und — die Schwierigkeiten, die den Arrangements gemacht wurden von der Polizei in Dortmund die wirklichen Arbeitervertreter ihre Besorgnisse pflegten, wurde am besten dokumentiert durch das Gelingen von Vertretern der Staatsleitung und Behörden, auf allen möglichen Anläßlichkeiten offizielle Grüße und Wünsche überbringen. Bei uns fehlte die Bergbehörde, die Staatsleitung sandte keinen, der uns im Namen der Stadt kam. Nur Aufsichtspolizei war zur Stelle, um auf Wort der vollkommen mündigen Arbeiterdelegierten zu achten. Thatsache spricht genug für unsere sozialpolitische Lage. Aber wir brachten auch wohl nicht den oberflächlichen Eindruck, es hat wenigstens ohne denselben recht gut gegangen. Wir verloren nichts, ob aber das Staatswesen gut abschneidet, man unsere Verhandlungen nur beaufsichtigen ließ vom Standpunkt, das wird sich zeigen.

Welchen Eindruck machten die Verhandlungen des Kongresses? Auf die Tagesordnung näher einzugehen, ist hier nicht nötig, am ehesten das Protokoll des Kongresses bald ausführlich in Form einer Broschüre. Nur unsere Beobachtungen und Schlüsse seien mitgeteilt.

Interessant wie der Dortmunder Kongress gegenüber seinen Vorgängern einen großen Fortschritt auf in Bezug auf sozialpolitische und parlamentarische Schulung der in der Bergwerksebene beschäftigten deutschen Arbeiter. Wer das nicht während

der Tagung empfand, der lese nur die nach derselben erschienenen wütenden Ausfälle der Unternehmerpresse gegen uns. Die „Kölnische Zeitung“ ist reinweg aus dem Häuschen und leistet Unglaubliches in der Verdächtigung und Verleumdung der Kongressmitglieder. Möller, Pokorny, Schürholt, Hirsch, Genter, Sachse, alle sind sie der Beschimpfung durch die „Kölnische“ für würdig befunden, was von allen anständigen Menschen bekanntlich schon längst als ein gutes Zeugnis anerkannt wurde. Wir sind stolz darauf, von der großen Klone am Rhein beschimpft zu werden, wir sind auf dem rechten Wege, andernfalls lobte uns die Kapitalistenpresse.

Die Referate auf dem Kongress waren durchweg musterhaft, bedenkt man, daß es keine akademisch gebildeten Schulmeister, sondern einfache Arbeiter waren, die so schwierige Materien wie Lohnfrage, Berginspektion, Unfallversicherung, Knappschaftswesen, Berggesetzgebung, wirtschaftliche Verbände, zu bewältigen hatten. Der wahre Patriot kann stolz sein darauf, daß während in dem „besseren Bürgertum“ aller Sinn für geistige Ausbildung erloschen ist, übelste Flachheiten beklagt werden, sich im Arbeiterstande die Kräfte mühsam durchringen zur klaren Erkenntnis dessen, was menschlich schön und edel, wirtschaftlich richtig und durchführbar ist. Das Volk der Denker und Dichter hat heute nicht seine schlechtesten Söhne in den Reihen der aufwärtsstrebenden Berg- und Hüttenarbeiterschaft. Die „Frankfurter Zeitung“ sagt denn auch, es sei in Dortmund Zeit gewesen für einen tüchtigen Sozialpolitiker, reichhaltiges und wertvolles Material zu sammeln.

Man halte vor einer Versammlung von besseren Bürgern und ihren „Nichtwenn“-Söhnen solche Vorträge, wie sie die Referenten in Dortmund hielten unter gespannter Aufmerksamkeit der Kongressmitglieder. Magan doch die Professoren bitter über die Faulheit und Dummheit der Studenten an den Hochschulen — in der Arbeiterschaft finden belehrende Worte unzählige wissensdurstige Zuhörer. Wir überschätzen gewiß nicht die geistige Schulung der Arbeiter, es ist uns nur zu bekannt, daß viele, viele es nicht für nötig halten, sich um mehr als den alltäglichen Erwerb zu kümmern. Aber man gebe dem Volke die Mittel an die Hand zur Ausbildung und dann wollen wir sehen, ob die Presse Recht hat, die dem Arbeiter ein natürliches geistiges Mindermaß zuspricht. Nur wer selbst Volksschulbildung genossen, weiß die Summe von Ausdauer und Fleiß zu schätzen, die nötig ist, um einen Gegenstand sozialwissenschaftlicher oder volkswirtschaftlicher Natur so zu behandeln, wie es die Referenten auf dem Dortmunder Kongress thaten. Wo ein solches Streben vorhanden, da sind auch Irrthümer nicht ausgeschlossen, aber auch der Erfolg ist verbürgt. Eine Masse, deren gewählte Leiter sich ernst bemühen, in die Labyrinth des Wissens einzudringen, wirft man nicht mehr zurück, sie schreitet vorwärts, wie die lange schlafenden Berg- und Hüttenleute vorwärtskommen werden.

Wir sagen, Irrthümer sind nicht ausgeschlossen auf der Suche nach Wahrheit. Konstatieren wollen wir jedoch, daß unsere Gegner wohl die Kongressverhandlungen herunterzumachen versuchten, aber nicht einen Irrthum oder Fehlschluß uns nachzuweisen! Der Versuch dazu ist nicht einmal gemacht, man weiß schon, wie er ausfallen würde. Was gesprochen und beschlossen wurde in der Lohn-, Berginspektions-, Unfallversicherung-, Berggesetz-, Bergbau-, Frage in Dortmund, das traf den Kern der Sache. Deshalb das Gerede der Arbeiterfeinde.

Die Debatten liefen vielfach unter der schlechten parlamentarischen Gewöhnung der Delegierten. Aber in gelehrten Verhandlungen hat es schon konfuse Zwischenfälle gegeben wie bei uns. Herr v. Sturm, der uns Arbeiter grüne Jurgen nennt, hätte gewiß bei uns noch lernen können, was anständige Bekämpfung des Gegners heißt. Sicher meinten es alle Delegierten auch, auch wenn sie noch so oft durch endlose Geschäftsordnungsdebatten den Gang der Verhandlung aufhielten. Wir persönlich wohnten schon Kongressen bei von altorganisirten und parlamentarisch geschulten Debatteuren, wo es manchmal herging wie im österreichischen Reichstag. Also nur nicht schmälen, mit der Zeit lernt sich alles, bringt man den guten Willen dazu mit. Und daß dieser vorhanden, kann bei keinem der Delegierten abgefragt werden. Kommt nicht an einem Tage erbaut, auf dem nächsten Kongress geht's schon besser.

In der Geschäftsordnung wird später insofern eine Veränderung eintreten müssen, daß zu den einzelnen Punkten der Tagesordnung nur je ein Delegierter jeden Reviers das Wort nimmt, vorausgesetzt, daß in dem betr. Reviere über den betr. Punkt unter den Kameraden Einmütigkeit herrscht. Auf diese Weise können alle Punkte der Tagesordnung gründlich erörtert werden können. Was noch sehr geübt werden muß bei den Kameraden, das ist die Unterordnung unter den Gesamtwillen, die Achtung der doch vorher angenommenen Geschäftsordnung.

Wir dürfen mit dem Verlauf des Kongresses zufrieden sein. Alle Berathungen sind eingehend berathen, alle Reviere sind zu Wort gekommen bei sämtlichen Thematika, jeder hat sich betheiliget, es geht sachlich und klar zu sein — was wollen wir mehr! Der Dortmunder Kongress hat gezeigt, daß der so lang als Dummkopfschrei bezeichnete Bergmann würdig eintreten kann in die Reihen der aufstrebenden Arbeiterschaft, dies erklärten uns gegenüber die Vertreter anderer Gewerkschaften, das sagte das Mitglied der Generalkommission, Bergmann-Hamburg, in seiner Rede am Abend des 12. April, es wird auch eingestanden in der Unternehmerpresse — wir werden von ihr heftig beschimpft. Das ist genug.

Als die Gesangsvereine den Kongress begrüßten mit dem alten Knappenlied: „Gülden! Gülden! der Bergmann kommt!“ da fühlt man sich aus der einfachen, sinnigen Melodie heraus die heute total verschwundene Romantik des mittelalterlichen Knappenstums. Gewisse Leute wollen dem Arbeiter vorreden, sie sei noch da, jene Zeit der Knappenherrlichkeit mit allen ihren Privilegien und Federbüschen am Schako. Aber vergebens! Vor den Thatsachen der modernen Arbeiterausbeutung stehen die herborgezauberten Schatten argvöthlicher Bergmanns-

zünftigkeit. Das Alte ist in Trümmer gefallen, wir richten einen neuen Bau auf.

Dito Hue.

## Der Streit am Riesberg bei Osnabrück.

Hatte der Ausstand der Riesberger Steinkohlenbergleute schon von vornherein dadurch eine hohe sozialpolitische Wichtigkeit, daß es ausgesprochen auf christlicher Grundlage organisierte Arbeiter sind, die dort streiken, so ist die Bedeutung des Streiks für die deutsche Arbeiterbewegung in den letzten Tagen noch ganz ungemessen gestiegen. Es handelt sich hierbei weniger um die Zahl der Streikenden, als um die wirtschaftlichen Kräfte, die handelnd auf den Schauplatz traten. Wir wollen später ausführlich die Lehren des Riesberger Streiks besprechen, heute seien nur Thatsachen und der Verlauf der Bewegung mitgeteilt.

Entstanden ist der Streik auf dem Riesberg, wo etwa 1200 Bergleute arbeiten dadurch, daß die Verwaltung an sieben Feiertagen (5 katholische und 2 evangelische) in diesem Jahre arbeiten lassen wollte. Den Anfang machte man am Lichtmeß (2. Februar); es sollte angefahren werden, aber etwa 500 Arbeiter kamen nicht. Am Maria-Verkündigung folgten wieder über 400 Arbeiter nicht an, darauf kündigte die Verwaltung 333 Leuten! Man bedenke, daß die Arbeitsruhe an den freitagen Tagen ein altes Herkommen in der Riesberger Bergerschaft ist. Die Unternehmer geben an, sie litten Noth, es müsse „Notharbeit“ gemacht werden und deshalb wolle man die Abschaffung der Feiertage. Die Arbeiter aber wollten sich die Feiertagsruhe nicht nehmen lassen.

Schon anläßlich des Streikes um die Lichtmeßfeier war der Gewerkeverein christlicher Bergleute in das Osnabrücker Revier gerufen worden und August Brust war denn auch, als die Kündigungen der Feiertagen erfolgte, im Bezirk; die Arbeiter beschloßen insgesamt zu kündigen, Brust ermahnte zum Festhalten und stellte die Unterstützung des Gewerkevereins in Aussicht. Bald ruhte am Riesberg die Arbeit fast gänzlich; es hätte alles still gelegen, wenn nicht ein sich plötzlich bildender evangelischer Arbeiterverein im Streikgebiet für die nöthigen Arbeitswilligen gesorgt hätte. Brust hob in seinen vielen Referaten immer scharf hervor, wie nothwendig die allgrößte Einigkeit sei (!) wolle man gewinnen. Er bezeichnete mit Recht die evangelischen Arbeitervereine als Hülfstruppe des Kapitals (!).

Interessant ist die Angelegenheit auch dadurch, daß der fast knöchliche Biß von Osnabrück das Arbeiten an den Feiertagen gestattete! Die niedere Geistlichkeit stürzte dagegen den Rücken der Streikenden, wenn die Unternehmer hinweisen auf den Dispens des Bischofs. Um dieses Umstandes willen bezeichnet die Unternehmerpresse den Riesberger Ausstand auch als eine ultramontane Wahlmache. Wer aber die Verhältnisse der Riesberger kennt (immer nasse Arbeit; die Leute stehen sehr oft bis an die Knie im Wasser!) weiß, daß jenen Kameraden eine Verbesserung, keine Verschlechterung ihrer Lage zu verschaffen ist. Die Aufhebung der Feiertagsruhe ist aber gleichbedeutend mit einer Verlängerung der Arbeitszeit! Wir wenig übrigens die Streikenden und ihre Leitung halsstarrig sind, wie wenig sie nach die wahren Interessen ihres Standes kennen, ist daraus zu ersehen, daß die Riesberger sich durch Brust bereit erklärten, durch Uebertragung (!) den Ausfall an Arbeitszeit, der infolge der Feiertagsruhe entsteht, zu decken!

In überraschender Solidarität legten einige Tage nach der Stillsetzung des Riesberges auch über 900 Arbeiter der Georg-Marienhütte die Arbeit nieder, wodurch die Zahl der Streikenden zeitweilig auf 1800—2000 stieg. In den letzten Tagen haben die Arbeiter der Hütte aber zum großen Theil wieder die Arbeit aufgenommen, immerhin aber ist das Benehmen der Hüttenleute sehr kameradschaftlich.

Bemerk sei, daß die Schächte des Riesberges Antracht fördern, also eine Kohle, die zur Kesselheizung, Stahl- und Eisenfabrikation nicht benutzt werden kann. Das Hütten- und das Stahlwerk der Gesellschaft (Georg-Marien-Hüttenverein), der auch der Riesberg gehört, erhalten Kohlen und Koks aus dem engeren Ruhrgebiet! Weil die anderen Werke der Gesellschaft nicht auf die Förderung am Riesberg angewiesen sind, deshalb gestaltet sich die Lage der Ausständigen sehr schwierig. Ob die Streikleitung diese Thatsache berechnet hat, ihr man zur Arbeitsüberlegung schriftlich, können wir nicht wissen.

Zur Zeit streiken noch etwa 1000 Bergleute des Riesberges und 5—600 Hüttenleute der Georg-Marienhütte. Die Stimmung der Ausständigen ist gut. Die in der Unternehmerpresse gemeinlichen „Ruheförderungen“ sind nicht begangen von den Ausständigen, sondern von bei solchen Gelegenheiten immer anwesenden rohen Gesellen, die aber auch zuerst wieder ins Joch tritthen. Sie streiken nicht um der Sache willen, sondern sie gehen einseitig mit.

Was unsere Kameraden aber am meisten interessieren wird, das sind die Kundgebungen verschiedener Personen und Körperschaften, die in ihrer Weise zu dem Ausstand Stellung nehmen. Wir wollen alle diese Auslassungen, da sie hochwichtige Dokumente der deutschen Bergarbeiterbewegung sind, hier vollständig abdrucken. Kurze Kommentare geben wir sofort, längere Ausführungen folgen später.

Der Streik brach aus, die Arbeiter wollten ihre Sonntagsheiligung. August Brust hielt es für das Vernünftigste, in Sachen des Riesberger Ausstandes den Bergwerksminister Briesel in Berlin aufzusuchen. Brust fand verschlossene Thüren, er wurde nicht von Briesel empfangen. Auch an das Oberbergamt Dortmund wandte sich Brust und erhielt er dann auch folgende Auskunft:

Die Vorstellung des Zentralvorstandes des Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter vom 24. März d. J., betreffend Arbeiten an Sonn- und Feiertagen auf dem Steinkohlenbergwerke am Riesberg, ist uns von dem Herrn Minister für Handel und Gewerbe

mit dem Auftrage zugefertigt worden, dem Vorstande im Namen des Herrn Ministers zu eröffnen, daß ihm eine Befugnis zur Vertretung der Arbeiter des bezeichneten Steinkohlenbergwerks überhaupt nicht eingeräumt worden, daß dagegen die Befugnisse der königlichen Bergrevier-Beamten zu Osnabrück zur Genehmigung von Arbeiten an Festtagen gemäß § 2 der Polizeiverordnung des Oberbergamts zu Dortmund und der Regierung zu Osnabrück vom 28. Dezember 1881, S. 2, nicht in Zweifel gezogen werden kann, denn diese Polizeiverordnung, die in ihrer Entstehung die hannoversche Verordnung vom 25. Januar 1822 (Sabbath-Ordnung) ausdrücklich erwähnt, ist durch die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung nicht aufgehoben worden.

Uebrigens machen wir im Auftrage des Herrn Ministers den Vorstand darauf aufmerksam, daß eine Nothilfe des Bergwerksbesitzers, durch welche die Genehmigung der Arbeiten an den in Frage stehenden Festtagen auch sachlich gerechtfertigt wird, unbedingt anzunehmen ist.

Königl. Oberbergamt. (gez.) Täglichsch.

Das war deutlich! Die von der Gewerkevereinsleitung immer umschmeichelte und angeführte Bergbehörde setzt dem Vorstand den Stuhl vor die Thür. Minister und Oberbergamt entscheiden zu Gunsten der Unternehmer. August Brust war denn auch so wütend, daß er (nach der Osnabrücker Volkszeitung) den Minister Briefe einen „reineren Manchestermann wie die Unternehmer“ nannte. Zur Bergbehörde, so erklärte Brust, „haben wir kein Vertrauen!“ (Damit vergleiche man die Vertrauensresolutionen im Ruhrgebiet!)

Die Angelegenheit gedieh weiter. Der Gewerkevereinsvorstand hatte vorher schon etwas nachgegeben, wie folgende Erklärung zeigt:

Kameraden des Piesberger Reviers!

In der Streitfrage mit Eurer Werkverwaltung hat der Vorstand und Ehrenrath unseres Gewerkevereins in seiner Sitzung am Mittwoch den 6. d. Mts. mich beauftragt, im Interesse der Beilegung des Streites folgenden Beschluß der Direktion der Piesberger Werke zu unterbreiten:

„Wenn die Verwaltung des Georg-Marien-Bergwerks- und Hüttenvereins sich verpflichtet, an den kleinen Feiertagen die Arbeiter nur dann — direkt oder indirekt — zur Arbeit zu nöthigen, wenn die Aufrechterhaltung des Bergwerksbetriebes es nöthig macht, also zur Wasserbewältigung und zu Reparaturarbeiten, wenn ferner die Bergleute, denen gekündigt ist, wieder angenommen werden, so rathen Vorstand und Ehrenrath den Piesberger Kameraden aufs Dringendste zur sofortigen Aufnahme der Arbeit.“

Der Vorstand und Ehrenrath des Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter.

Brust hatte mehrfach mit der Besondereverwaltung verhandelt, es kam nicht zur Einigkeit, da die Unternehmer einfach als Herren anerkannt werden wollten. Zum Ueberflusse erließ die Werkleitung noch ein Flugblatt (An unsere Arbeiter!) am 9. April 1898, in dem August Brust abgegebildet wird, wie ein professioneller Hezer und Aufwiegler. Brust war wütend; kritisierte scharf das Flugblatt und gebrauchte dabei Ausdrücke, die eines christlichen Sozialdemokraten würdig sind.

Aber nun kam der Hauptakt. Pöblich veröffentlichten Osnabrücker Blätter folgende Erklärung:

„Der Unterzeichnete hält es für seine Pflicht, als ältestes Ehrenrathmitglied des Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter öffentlich zu konstatieren, daß er sich mit dem jeglichen Auftreten des Herrn Brust im vollsten Gegensatz befindet, und daß ihm dasselbe im direkten Widerspruch mit dem einmütigen Beschlusse der Aktionskommission und des Ehrenrathes und mit den Satzungen des Gewerkevereins zu stehen scheint.“

Sic. Weber, M. - Glabbaach.

Da haben wir unseren alten Abwiegler von 1897 wieder! Hier fällt Herr Weber also wieder der Arbeiterchaft „als Ehrenrathmitglied“ in den Rücken. Offen stellt sich der Mann auf die Seite der Unternehmer.

Nun kommt der Wasserstrahl! Der Weber'schen Leistung folgte diese

Erklärung:

Die in der gestrigen Nummer dieser Zeitung publicirte Erklärung des Herrn Sic. Weber-M. Glabbaach ist lediglich eine Privatäußerung dieses Herrn, der seit der letzten gemeinsamen Sitzung außer jeder Verbindung mit mir stand, über die Verhältnisse nicht aus eigener persönlicher Wahrnehmung urtheilt, sondern nach Informationen, die dem Herrn, wie ich weiß, lediglich von der Georg-Marien-Hütte ertheilt werden. Daß diese Informationen nicht zuverlässig sind, brücht Herr Sic. Weber selbst aus, indem er schreibt, daß ihm mein Auftreten in direktem Widerspruch mit dem einmütigen Beschlusse der Aktionskommission und des Ehrenrathes und mit den Satzungen des Gewerkevereins zu stehen scheint. Mein Auftreten deckt sich voll und ganz mit den Beschlüssen unseres Vorstandes und den Satzungen unseres Vereins, wonach es Aufgabe und Zweck des Vereins ist, die sozialen und wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder zu wahren und zu fördern, nicht aber die erworbenen und garantierten Rechte der Arbeiter ohne weiteres preiszugeben. Wir dürfen uns durch einseitige, von partieller Seite ausgehende Einflüsse, unsere Eintracht nicht stören lassen. Ich erkläre ausdrücklich, daß ich nach wie vor die Interessen der Mitglieder des Gewerkevereins im Osnabrücker Revier im Einklang mit den Mitgliedern wahrer und im Vorstande vertreten werde, dessen Zustimmung zu meinem Auftreten ich vollständig sicher bin. Im Uebrigen ist auch nur dasjenige für die Mitglieder unseres Vereins maßgebend, was von mir Namens unseres Vorstandes unterzeichnet wird, und ich bitte die Osnabrücker Mitglieder sich durch Eingriffe von unzuständiger Seite nicht stören und die Einigkeit und Eintracht zu wahren.

August Brust,

1. Vorsitzender des Gewerkevereins christl. Bergarbeiter.

Diese Erklärung ist löblich! Brust konstatirt, daß Weber sich keine Informationen bei den Kapitalisten nicht von den Arbeitern holt. Brust stellt fest, daß Weber durch sein Eingreifen die Eintracht stören will und schließlich weiß Brust Webers Eingreifen in die Arbeiterangelegenheit als unzuständig an!

O, welche Genugthuung für uns! Wir haben des öfteren Herrn Webers Einseitigkeit mit dem Kapital konstatirt; wir haben die „abwieglerische“ Thätigkeit des Herrn im Frühjahr 1897 verwerflich für die Arbeiter genannt; wir haben immer wieder betont, daß Senie wie Weber nichts in Arbeiterangelegenheiten dreinreden dürfen. — Was geschah uns? Im „Vergewapp“ und in den Versammlungen wurden wir beschimpft, weil wir unseren allverehrten Herrn Weber angegriffen. Auf der Gesammtversammlung der Gewerkevereinsmitglieder

werkvereins“ hochte Weber Brust noch an. Wahl wurde, weil er die Einigkeit nicht von Kapitalisten fördern wollte lassen, von Weber mit drohendem Pathos zum Tempel hinausgebracht — und Brust gab seinen Segen zu all diesen Streichen gegen die Arbeiterkassiererei.

Und nun ist das Ei entzwei, schneller noch wie wir ahnten. Es ist gut daß es zerbrach bei diesem kleinen Anlaß, für spätere größere Bewegungen ist Webers die Einigkeit der Arbeiter störende Thätigkeit nicht mehr zu fürchten. Mit den Fingern wies man heute auf den Ruhrbergmann zeigen, der noch von dem „allverehrten Ehrenrath Weber“ spricht. Der Mann ist sozialpolitisch tot! Wer seinen Leichnam sich aufladet stirbt mit! —

Während in den Reihen der Arbeiter die Zwietracht über die Weisen treiben, zeigen die Unternehmer ihre alte Goldarbeit in der glänzendsten Weise. Es war bekannt geworden, daß Osnabrücker Bergleute in das Ruhrgebiet wandern wollten um hier zu arbeiten. Darauf brachte die „Rh. W. Zeitung“ folgende Kundgebung an die Unternehmer des Piesberges:

„Der Vorstand des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund hat in seiner heutigen Sitzung nach eingehendem Vortrag über die Entstehung und den Verlauf der Bergarbeiterbewegung auf Ihren Werken mit Einstimmigkeit anerkannt, daß seitens der dortigen Werkverwaltung in jeder Beziehung korrekt verfahren worden ist und daß das Vorgehen des Gewerkevereins und seines Leiters die schärfste Verurtheilung verdient und daß die dortige Werkverwaltung dringend zu eruchen ist, auf dem eingenommenen Standpunkte zu verharren. Der Vorstand hat weiter einstimmig beschlossen, die dem Verein angehörenden Besuchen zu eruchen, im Interesse der Erhaltung des Friedens unter den Belegschaften des rheinisch-westfälischen Reviers von einer Einstellung der bei Ihnen wegen Arbeitsverweigerung zur Entlassung kommenden Arbeiter in ihre Belegschaften abzuweisen.“

Senke, Krabber, Weidmann.

Damit nicht genug, auch die Besitzer der Eisen- und Stahlwerke sind der Piesberger Verwaltung behülflich, die Arbeiter unter zu kriegen. Dies besagt folgendes, der „Rheinisch-Westf. Zeitung“ vom 17. April entnommene Telegramm:

Die nordwestliche Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, welche heute zu einer Sitzung in Düsseldorf versammelt ist, schließt sich der Ihnen gestern vom Verein der bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund zugegangenen Erklärung vollinhaltlich an, billigt völlig Ihre Haltung in dem Arbeiterausstande, und wird die ihr angehörenden Werke im Interesse der Erhaltung des Friedens unter der hiesigen Belegschaft aufzufordern, Arbeiter, die vom Georg-Marien-Hütten- und Bergwerksverein während dieses Ausstandes abgetrennt sind, nicht als Arbeiter anzunehmen. Sende. Brauns. Zull. Beumer.“

Wer angesichts dieser Einmütigkeit des evangelisch-katholisch-atheltisch-jüdischen Kapitals noch von einer Trennung der Arbeiter in christliche und unchristliche reden kann, muß auf seinen Geisteszustand untersucht werden. Ist er geistig normal und rüth doch zur Trennung der Arbeiter, ja zur gegenseitigen Bekämpfung, dann ist dieser Rathgeber ein schlimmerer Arbeiterfeind wie der brutale Unternehmer! Vergleute werdet endlich auch klar über eure wahren Interessen! Seht zum Piesberg!

Dort sind Kameraden in den Ausstand getreten nicht weil sie höhere Löhne haben wollen, obwohl auch diese Forderung vollaus gerecht wäre, nein die Piesberger Vergleute wollen das rechtliche Gebot: Da sollt den Feiertag heiligen! befolgen. Aber das Kapital will sich verzinzen, es fragt nicht nach Religion und Feiertagsheiligung, es handelt sich beim Kapital einfach um die größtmögliche Ausnutzung der Arbeitskraft.

Die Arbeiter wollen den Feiertag heiligen, in christlicher Organisation treten sie dem Unternehmer gegenüber. Diese werfen die so das Gebot der Kirche beobachten, auf die Straße. Sofort erklären sich die Unternehmer von ganz Rheinland-Westfalen und über dessen Grenze hinaus gegen die Arbeiter, man will sie aushungern, die christlichen Vergleute werden in Verriuf erklärt, sie sollen zu Kreuze kriechen. Der Unternehmer will triumphiren über Kirchenlehre und Menschenrechte. Maulhalten soll der Arbeiter.

Wenn der Piesberger Ausstand nicht den Vergleuten des westlichen Deutschlands die Augen öffnet über die wahre Gestalt des Kapitals, dann ist der Arbeiterchaft nicht mehr zu helfen. Fort, sagen wir, mit aller Trennung! Fort mit der Verhegung! Machen wir es dem Kapital nach, seien wir ein einziges Volk von Brüdern.

Die Ehrenräthe als Unternehmerhelfer!

Nach Abschluß des obigen Artikels ist noch eine Kundgebung von außerordentlicher Wichtigkeit in der Piesberger Angelegenheit erfolgt. Wir bekommen immer mehr Recht!

Herr Sic. Weber und Herr Kaufmann Legewitt-Essen, Ehrenräthe des Gewerkevereins christlicher Bergleute, die wir schon vor Jahresfrist als Unternehmerhelfer bezeichneten, haben folgende Beschwerte an die Leitung des Gewerkevereins abgehen lassen:

„In der Sitzung des Ehrenrathes und Aktionskomitees vom 6. April ist auf meinen und Herrn Legewitt's Antrag einstimmig beschlossen worden, daß Herr Brust sich auf Mittheilung unseres, wenn auch verunglückten, so doch ehrlich gemeinten Vergleichsvorschlags an die Verwaltung und auf die eventuelle Reise nach Berlin beschränken, sich aber jedes weiteren selbstständigen Vorgehens, jedes Aufrufs zc. striktest enthalten solle. Dies hat Herr Brust nicht gethan. Er hat einen Aufruf „an die Kameraden des Piesberger Werkes“ erlassen, der in der Charfreitagnummer der „Osnabrücker Volkszeitung“ (Nr. 80 vom 8. April) enthalten ist. Darin hat er völlig eigenmächtig, ja im strikten Gegensatz zu unserem Beschlusse gesagt: „Wir müssen heute schon unsere Position in dem Streite nehmen.“ Er hat ferner irrtümlich behauptet, daß die Werkverwaltung sich nicht daran störe, ob die gefändigten Kameraden, die eine Werkwohnung innehalten, andere Wohnungen hätten oder mit ihren Familien im freien Campiren möhten, während nach zuverlässiger Angabe für einen Ersatz an Wohnungen in der Stadt Osnabrück vorgesorgt war und die Betreffenden keinesfalls mit Gewalt vor die Thüre gesetzt werden sollten und durften. Er sagt dann: „Wollt Ihr Euch, Kameraden, dieser Gewalt fügen? Nein! sagt Ihr, und ich sage kanzenmal nein!“ Solche Sprache war hier nicht am Platze und steht auch im Gegensatz zu dem Punkt in § 2 unseres Statuts: „Anbahnung und Erhaltung einer friedlichen Uebereinkunft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.“ Er hat ferner ohne jede Ermächtigung, ja im Gegensatz zu obigem Beschlusse eine „weitere Versammlung am Ostermontag oder Dienstag“ angekündigt, in der er „das Beiteile in der Angelegenheit“ mit ihnen berathen werde. Er hat endlich ohne jede Ermächtigung, ja im ausdrücklichen Gegensatz zu unserer Abmachung die „thätkräftige Unterstützung der Gewerkevereinsmitglieder“ versichert. Die Folge jenes Aufrufs ist gewesen, daß Hunderte von Arbeitern kontrakt-

brüchig geworden sind und ohne Kündigung die Arbeit niedergelegt haben. Damit ist der Boden des Rechts verlassen. Da der Ehrenrath nun nach §§ 11 und 24 zum Einschreiten befugt und verpflichtet ist, so beantrage ich dies Einschreiten.

Sic. Weber.“

Dieses Schriftstück ist hochinteressant. Es läßt uns einen Blick thun hinter die Kulissen, wie dort „entschieden“ die Arbeiterrechte gewahrt werden. Der „Ehrenrath“ will nicht die Wahrung der Arbeiterinteressen, so ist am 6. April „einstimmig beschlossen“ Gehr gut!

Daß Weber sich auf die Seite der Werkleitung stellt und weit geht, Brust zu verächtigen, er habe die Unwahrheit gesagt, kann uns nicht wundern. Aber wer hat nun gelogen, wir oder die Leitung des Gewerkevereins, als es sich handelte um die Feststellung der Qualifikation Webers zum Arbeiterführer? Wir haben wieder einmal eine glänzende Genugthuung empfangen.

### Bayrische Bergarbeiterverhältnisse.

Rede des Abgeordneten Frey.

(Fortsetzung statt Schluß).

Nachdem ich einmal das Wort habe, gestatten Sie mir, auch die wirtschaftlichen Verhältnisse der Bergwerksarbeiter zur Sprache zu bringen.

Im Finanzausschuß ist die Frage der Arbeitszeit eines Staatsbetriebes der Grube Piesberg, Gegenstand der Erörterung gewesen, und es war, wenn ich nicht irre, der Herr College Dr. Schäbler der sich nun der Grubenarbeiter annahm, indem er auf die Ueber-schichten verwies und den Wunsch aussprach, es möge diese Ueberarbeit möglichst abgestellt werden. Der Regierungsbereiter hat, was das ja immer so geht, darauf geantwortet, daß keine Veranlassung zu irgend einer Klage vorhanden sei. Die Unzufriedenheit und die Bewegung die sich unter den Grubenarbeitern kund gegeben hat, sei aus das Auftreten einiger junger Leute, die einmal etwas machen wollten zurückzuführen.

So heißt es immer, wenn berartige Beschwerden vorgetragen werden. Aber die Dinge liegen in der Regel nicht so harmlos. Nach meinen Informationen war die Sache die, daß nicht nur eine Verlängerung der Arbeitszeit, sondern auch verschiedene andere Beschwerden die Grundlage der Unzufriedenheit gebildet haben. Es kam insbesondere in Betracht eine Kürzung der Löhne der Häuer deren Gebinge von 3,40 auf 2,70 Mark rebuziert wurden. Diese Lohnreduzierung im Zusammenhang mit der Verlängerung der Schichten und verschiedene andere Umstände, verordnet von einem neuen Verwaltung, der es bis jetzt nicht verstanden hat, sich die Sympathien der Arbeiter zu erwerben, haben dazu geführt, daß Unzufriedenheit der Arbeiter zu Tage getreten.

Die jungen Leute, die man jetzt gewissermaßen als Sündenböcke hinzustellen sucht, sie waren nur vorgeschoben von den verheirateten und ansässigen Arbeitern, die nicht vorgehen können, wie sie wollen aus dem einfachen Grunde, weil sie ein kleines Besitzthum haben, weil sie Familie besitzen und deshalb den Arbeitsplatz nicht so leicht wechseln können, wie die unverheirateten Arbeiter. Im Finanzausschuß wurde die Sache überhaupt so dargestellt, als ob die wirtschaftlichen Verhältnisse der Bergwerksarbeiter im großen Ganzen nichts zu wünschen übrig ließen. Diese Darstellung kann nur aus unrichtigen Informationen beruhen. Es liegt mir durchaus fern eine eingehende Schilderung der Löhne und Arbeitsverhältnisse, der gesammten Wirtschaftsverhältnisse der Bergarbeiter Bayerns hier zu geben.

Nur auf einige Mittheilungen will ich mich beschränken und besasse mich zunächst mit den Lohnverhältnissen und der Arbeitszeit. Ich füge mich auch hier wieder auf Quellen, die zuverlässig erscheinen auf die Lohnausweise der Knappschaftsberufsgenossenschaft, Sektion München. Aus diesen Ausweisen sehen wir zunächst, daß der bayrische Bergwerksbetrieb von Jahr zu Jahr an Ausdehnung gewinnt, und ich will dem beifügen, daß der bayrische Bergbaubetrieb ein sehr rentabler ist, daß in Folge dessen auch Löhne bezahlt werden könnten, die den Arbeitern ein verhältnismäßig anständiges Auskommen ermöglichen. Nun ist es aber durchaus falsch, wenn behauptet wird, daß die Löhne der Bergarbeiter in den letzten Jahren gesunken seien. Nach den Lohnausweisen der Knappschaftsberufsgenossenschaft, Sektion München, betragen die Durchschnittslöhne der Berg- und Hüttenarbeiter im Jahre 1886 820 Mark 84 Pf.; sie stiegen dann allmählich bis zum Jahre 1893, wo sie den Stand von 890 Mark 68 Pf. erreichten, sanken dann wieder fortgesetzt bis zum Jahre 1896, wo der Durchschnittslohn auf 866 Mark 83 Pf. zurückgegangen ist. Auf die Löhne weisen nicht eine steigende, sondern eine sinkende Tendenz nach. Dann kommt weiter in Betracht, daß dieser Lohn noch nicht der Nettoverdienst der Arbeiter ist, denn davon gehen noch verschiedene Ausgaben ab, die der Arbeiter von seinem Lohne vorweg zu leisten hat; so jährlich 40 Mark für einen Anzug, die sogenannte Uniform 40—50 Mark für Erhaltung und Anschaffung der Werkzeuge, die Kosten für das Grubenlicht. Eine weitere Schwälterung des Einkommens bildet das in allen Bergwerken bis zur Rigorosität gesteigerte Strafsystem, das sich kund gibt im Wagenmullen und verschiedenen anderen Strafen, die aus den geringfügigsten Ursachen verhängt werden. So ist z. B. auf der Grube Hausdam die scharfe Einrichtung getroffen, daß außer den Nichtbezahlen der gemulden Wagen noch für jeder gemulden Wagen 1 Mark in Abzug gebracht wird. Das ist eine ganz unerhörte Uebervertheilung der Arbeiter denn durch den gemulden Wagen hat die Bergwerksverwaltung gar keinen Nachtheil. Diese Strafe ist eine Lohnminderung, wofür ich gar keinen parlamentarischen Ausdruck habe. Außerdem, meine Herren, wird, wenn es sich um die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter handelt, ja wohl auch darauf hingewiesen werden müssen, in welchem hohen Maße die Beschränkung der persönlichen Freiheit der Arbeiter im Bergwerksbetriebe um sich gegriffen hat. Da ist es z. B. Robe auf der Grube Hausdam, daß ein Arbeiter, der die „Münchener Post“ lieft, in das schwarze Buch eingetragen wird. Was das heißt, meine Herren, glaube ich nicht näher ausführen zu müssen. Sobald der Mann entbehrlich ist, wird er entlassen. Es wurden auf der Grube Piesbach zwei Arbeiter entlassen, weil sie eine rote Kravatte trugen. In einer Zeit, wo jedes Bourgeoisigierl sich möglichst roth auszuzeichnen beliebt, wo jede bessere Dame einen roten Hut oder eine rothe Blouse trägt, maßregelt man Arbeiter, weil sie eine rote Kravatte tragen! In Penzberg wurden zwei Arbeiter entlassen, weil sie bei der Gemeindevahl einem Gastwirth ihre Stimme gegeben haben, dessen Name wahrscheinlich der Grubenverwaltung nicht gefallen hat. Sozialdemokrat ist der Gastwirth nicht; soweit ich erfahren habe, gehört er zur Partei der Schwarzen. (Heiterkeit rechts. Rufe rechts: Hu, hu!) Derartige Dinge müssen sich die Bergarbeiter eher gefallen lassen, als andere Arbeiter, weil sie ihren Beruf nicht so leicht wechseln können.

Nur noch einige Worte über die Arbeitszeit in den Bergwerken. Meine Herren! Wenn über die Nothwendigkeit des Achtstundentages in der Industrie noch irgendwelche Meinungsverhiedenheiten unter uns bestehen können, ich glaube darin sind wir Alle einig, daß die Arbeitszeit in Bergwerken unter Tag acht Stunden nicht übersteigen soll. Wie steht es aber in Wirklichkeit! Auf der Grube Penzberg beginnt die Förderung Morgens 8 Uhr. Um 6 Uhr die Arbeit beginnen zu können, müssen die Leute mindestens um 1/2, 6 Uhr zur Stelle sein. Die Ausfahrt ist offiziell auf 2 Uhr festgesetzt, achtstündige Arbeitszeit in der Grube. Offiziell! Thatsächlich ist es so, daß die Vergleute, die um 2 Uhr ausfahren, als die „faulen“ bezeichnet werden. Um diesem Vorwurfe zu entgehen, arbeiten die Leute 10 Stunden und fahren erst um 4 Uhr aus. Das sind noch nicht die fleißigen, das sind die „halbflüssigen“. Nur diejenigen welche um 1/2, 6 Uhr oder 6 Uhr ausfahren, sind die „fleißigen“, und das ist eine sehr große Anzahl. Es kommt also eine Arbeitszeit von 10—12 Stunden unter Tag heraus. Diese Ueberarbeit ist aber, von körperlicher Ueberanstrengung zc. abgesehen, auch noch ein Nachtheil. Das ist der: durch die verschiedenen Ausfahrten ist es nicht möglich, beim Ansfahren zu verlesen, zu kontrolliren, welche Bergarbeiter ausgefahren sind. Es kommt vor, daß noch Leute in der Grube sind, wovon die Bergwerksverwaltung oder der betreffende Aufsichtsbeamte gar keine Ahnung hat. Dadurch wird die Betriebs-

efahr und die Möglichkeit, Unfälle lange unentdeckt zu lassen, ganz wesentlich erhöht. Von der Grube Hausham wird mir berichtet, daß die Arbeitszeit unter Tag allerdings nur acht Stunden dauert, daß aber eine Stunde notwendig ist zur Herrichtung des Holzes, so daß hier eine neunstündige Arbeitszeit zu verzeichnen ist.

### 120 000 Bergarbeiter im Ausstande!

Der Londoner Korrespondent der Berliner „Volk-Zeitung“ schreibt am 10. April:  
Eine unheimliche Stille liegt über dem sonst so heberhaft tätigen Kohlenrevier von Südwales und Mounmouthshire, denn mit den Arbeitern von Wales eigenen Schnelligkeit des Entschlusses ab in der letzten Woche von 130000 Bergleuten 120000 in den Ausstand eingetreten. An der Abstimmung über die Bedingungen der Unternehmer nahmen 60000 Bergleute Theil, und von diesen stimmten 44000 für vollständige Verwerfung der Vorschläge. Das war mit Sicherheit zu erwarten, denn die Anträge der Unternehmer waren Befehle, aber keine Anträge.

Von 185 Bergwerken sind nach neuester Meldung nur noch 6 Thätigkeit, und diese 6 Bergwerke stehen außerhalb des Verbandes, haben ihren Bergleuten bessere Bedingungen gewährt. In Mounmouthshire arbeiteten nur noch zwei Bergwerke mit halber Kraft, und auch diese sind seit gestern, dem letzten Tage der achtstündigen Arbeitszeit, still. Verdrückt sind die sonst so lebhaften Kohlenfelder von Cardiff und Newport und die letzten Dampfer sind nach nördlichen Kohlenrevieren Englands abgegangen, um dort ihren Lauf zu suchen. Die mächtigen Stahl- und Metallwerke bläsen die Hochöfen nach dem andern aus und stellen die Arbeit ein, die täglich auf den Kohlentransport angewiesenen Bahnen von Wales sind ihren Betrieb in der verbotenen Gegend ein, und ca. 25000 belästigte Docten, Bahnbeamte und Stahlwerker verstärken der Willen das Geer der arbeitslosen Kohlenbergleute.

Was thun die Kohlenbarone, um dem durch sie heraufbeschworenen Unheil zu wehren? Sie versammeln sich fleißig unter Führung des R. E. Lewis und berathen unter Ausschluß der Presse. Es liegen schon Beratungen sein, die das Licht der Öffentlichkeit nicht vertragen! Was von diesen Beratungen bekannt gegeben ist, ist traurig genug! Sie verlangen, daß die Arbeiter unter den Bedingungen die Arbeit wieder aufnehmen sollen, Wendenungen der Lohnskala sich vorbehaltend (!), gleichzeitig aber sollen sie, wie eine Antwort abzuwarten, die Pferde aus den Bergwerken, durch nur zu deutlich beweisend, daß sie sich wohl bewußt sind, die unmögliche Forderung zu stellen. Ihre Absicht ist das Zermetorn des Willens der nicht organisierten Arbeit. Sie glauben, daß sie diese schöne Absicht gründlicher durchführen werden, als es im Unternehmerverband der Maschinenfabrikanten gegen die organisierten Maschinenbauer gelang. Wie viel aufrichtiger gehen die Arbeiter vor! Sie scheuen das Licht der Öffentlichkeit nicht. Am Sonntag „Stone“, dem „felsenigen Stein“, von dem die Druiden einst die letzten Vorarbeiten zum Kampfe gegen den Eindringling angurtern pflegten, versammelten sie sich. Ein anwesender Redakteur mußte dem geschichtlich geweihten Fels steigen und „vor der Sonne, dem Auge des Volkes“ schwören, nur die reine Wahrheit in seiner Berichterstattung zu veröffentlichen. Wer lehrt diese seltsamen Leute die alten Lehren der Religion ihrer Väter, deren seltsame Sprache sie noch heute sprechen?! Die reine Wahrheit aber ist so einfach, die Forderungen sind so bescheiden! Sie verlangen nur einen Minimumlohn, die Annahme des Minimumverkaufspreises von 10 Mt. statt 8 Mt. pro Tonne, und von jeder Tonne eines etwa höheren Verkaufspreises 3 Prozent, statt 2 Prozent, welche ihnen bisher gewährt wurden. Sie bleiben damit weit hinter den Lohnverhältnissen der Midlands zurück, und trotzdem werden sie auch diese bescheidenen Änderungen nicht durchsetzen. Gerechtfertigt ist eine solche Waffe gegen den ungerechten Mammon, und nicht einen Augenblick wird er zögern, das Recht zu zermalmen, wenn er auch augenblicklich noch schreit, seine wahren Pläne „vor der Sonne, dem Auge des Volkes“, offen zu zeigen. Möchte er nur nicht die kindlich naiven Arbeiter zwingen, ebenfalls Pläne zu schmieden, welche das Sonnenlicht nicht vertragen, denn sie dazu zu treiben, ist das Vorgehen der Unternehmer nur zu sehr geeignet.

### Nachrichten aus der Montan-Industrie.

Die Kohlen- und Eisenproduktion Deutschlands im Jahre 1897. Das statistische Bureau des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller veröffentlicht die jährliche Statistik über die Kohlen- und Eisenerzeugung in Deutschland. Das Ergebnis für 1897 ist wegen der relativen Steigerung, die einen seltenen Geschäftsgang beispielte, besonders bemerkenswert. Es wurden gewonnen:

	Tonnen	Worth in Mt.	Durchschnittsworth pro Tonne in Mt.
Steinkohlen	1897 91 007 624	649 021 698	7,13
	1896 85 630 283	592 976 889	6,92
Braunkohlen	1897 29 423 432	66 316 410	2,25
	1896 26 780 873	60 892 922	2,27
Eisenerze	1897 15 448 212	60 016 182	3,88
	1896 14 162 335	51 398 651	3,63
Erzeisen	1897 6 879 541	350 060 671	50,88
	1896 6 372 575	299 659 689	47,02

Die Preise sind mit Ausnahme der Braunkohlen durchweg gestiegen und haben den Werth der Produktion beträchtlich erhöht.

### Internationale Arbeiterbewegung.

Die Ausstandsbewegung in Deutschland hat im Monat März einen gewaltigen Aufschwung zu verzeichnen. Der „Arbeitsmarkt“, Monatschrift für Arbeitsnachweise, registriert insgesammt 58 Streiks, die im März ausgebrochen sind, und zwar entfallen auf: Bergbau, Hütten- und Salinenwesen 2, Industrie der Steine und Erden 3, Metallverarbeitung, Industrie der Maschinen, Werkzeug- und Instrumenten 5, Textilindustrie 4, Industrie der Holz- und Schnitzstoffe 10, Industrie der Nahrungs- und Genussmittel 1, Industrie der Bekleidung 9, Baugewerbe 14, übrige Industriezweige 11.

Bei 36 Streiks war die Zahl der beteiligten Arbeiter zu ermitteln; zusammen 6971. Auf einen dieser Streiks entfielen also durchschnittlich 193,6 Köpfe gegen 66,2 im Monat Februar. Unter den 36 Ausständen sind 29 (gegen 1 im Februar), in denen die Zahl der Beteiligten 50 und darüber beträgt. Bei 13 Streiks waren 50 bis 100, bei 12 101-500, bei 4 über 500 bis 1000 Arbeiter beteiligt. Die Streiks sind also nicht nur der Zahl nach gestiegen, vielmehr ist namentlich die Teilnehmerzahl an den einzelnen Streiks ganz erheblich gegen die Vormonate gewachsen. Hauptursache sind die Arbeiter des Baugewerbes, der Tischlerei und der Leinwandindustrie an den Ausständen in hervorragendem Maße beteiligt gewesen. Auch der Bergbau hat im Ostpreussischen Revier Ende des Monats noch einen beachtenswerten Streik zu verzeichnen.

Vom Kohlenarbeiterstreik in Wales meldet das „Hamburger Abendblatt“: Wie richtig die Vermuthung war, daß die Bewilligung der Konferenz von Seiten der Unternehmer nur ein Scheinentscheidungs wäre, zeigte sich am 12. d. recht deutlich. Die Unternehmer sind ganz genau, daß die Arbeiterführer nicht die Vollmacht zu haben beschließen hatten, trotzdem beriefen sie die Konferenz ein. Die Bergwerke sind zwar geöffnet, aber jeder Arbeiter, welcher eine Forderung verlangt, muß die neuen Unternehmerbedingungen unterzeichnen, welche fast noch ungünstiger sind, als die alten. Die

Unternehmer wollen nach der neuen Lohnskala bis zu 9 Schilling 4 Pence Lohnpreis nur eine Lohnerhöhung von 7 1/2 gegen 8 1/2 nach der früheren Skala bewilligen. Erst bei einem Lohnpreis von über 11 Schilling soll die Lohnerhöhung 9 1/2 pSt. betragen. Diese Bestimmungen veranlassen geradezu die Unternehmer, niedrige Preisbestimmungen einzugehen, da der Ausfall an Löhnen das Minimum an Verkaufspreis decken würde. Unter diesen Umständen die Kohlenarbeiter Bergwerke goldene Früchte aus dem Lohnkampf in Wales, und die unterbezahlten Bergleute von Südwales suchen und finden Arbeit in den übrigen englischen Kohlenrevieren. Die Spotten haben ihr Verlangen nach weiteren Lohnerhöhungen noch nicht durchzusetzen vermocht und setzen jetzt den Bergwerksbesitzern die Forderung auf die Brust, indem sie zunächst zwei Tage der Woche, den Montag und Donnerstag, als Ferialtage erklären. Da die Unternehmer unter den augenblicklichen Verhältnissen außerordentlich darunter leiden, wenn zwei Arbeitstage wegfallen, so werden die Spotten ihr gewünshtes Resultat erreichen. — Von Stahlarbeitern sind jetzt nicht weniger als 30000 arbeitslos, und die Zahl der aus Kohlenmangel feiernden Stahlwerkstätten wächst noch täglich. In Arbeitertreffen verspricht man sich einschüchternden Erfolg auf den Unternehmerverband davon, daß eine ganze Anzahl ziemlich bedeutender Bergwerke eine Lohnerhöhung von 10 Prozent gewährt hat und mit Macht arbeitet. Wären diese Bergwerke in der Lage, allen Ausgeschlossenen eine Anstellung zu geben, so könnte der Unternehmerverband allerdings in eine missliche Lage gerathen.

### Soziale Rechtsprechung und Arbeiter-Versicherung.

Dortmund, 15. April. Einen interessanten Beitrag zu dem Kapitel, wie Schlagwetter-Explosionen entstehen, lieferte eine gestern vor der hiesigen Strafkammer geführte Verhandlung gegen den Bergmann Dellbrügge, den Betriebsführer Koch und den Reviersteiger Verlach von Zeche Borussia, einer der gefährlichsten Wetterzechen des Ruhr-Reviers. Auf dieser fand am 10. September v. J. eine Schlagwetter-Explosion statt, wodurch Dellbrügge selbst, sowie ein anderer Bergmann erhebliche Brandwunden erlitten. Der die Unterhüftung führende Beamte stellte fest, daß Dellbrügge vor Ort keine Lampe geöffnet und zweifellos hierdurch die Wetter zur Explosion gebracht hatte. Der Beamte ermittelte aber auch, daß in den Strecken der in Frage kommenden Bauabteilung grobe Verstöße gegen die bergpolizeilichen Vorschriften begangen worden waren. Die meisten Strecken waren mehr als 20 Meter, einige sogar über 30 Meter zu Felde getrieben, ohne daß Ueberbau gemacht worden wäre, vermittelst welcher die Strecken bewettert werden. Der Beamte fand ferner, daß sämtliche Betriebspunkte voll Wetter standen und daß trotz der Gefahr an allen Punkten gearbeitet wurde; er hatte auch den Eindruck, als wenn die Wetter schon längere Zeit in den Strecken gestanden hätten. Wegen die oben genannten Personen ist Anklage wegen fahrlässiger Körperverletzung erhoben worden. Den beiden Beamten wird namentlich zur Last gelegt, daß sie nicht für eine ordnungsmäßige Bewetterung der Strecken gesorgt hätten. Es waren drei Gutachter geladen, deren Meinungen auseinander gingen. Der Gutachter Assessor Ehrenberg, Leiter der Gruben des Bochumer Vereins, war der Ansicht, daß nach Lage der Sache die Fressprechung der beiden Beamten eintreten müsse. Die Behörden gingen darauf aus, den Beamten die Verantwortung für vorkommende Unglücksfälle aufzubürden, während man den Arbeitern die Verantwortung abnehmen wollte. Das sei auch der Grund, weshalb die Arbeiter nicht immer mit der nötigen Sicherheit zu Werke gingen. Die anderen Gutachter, Beamte des Oberbergamtes, hielten die Angeklagten für schuldig. Während der Vertreter der Anklage für alle mäßige Geldstrafen beantragte, verurtheilte das Gericht Dellbrügge zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten, da er in ganz scholwer Weise das Leben seiner Kameraden aufs Spiel gesetzt hatte; die beiden Beamten kamen mit 75 bezw. 100 Mt. Geldstrafe davon.

Anträge zur Reform der Berggesetzgebung hat der Vorstand des Gewerbevereins an das preussische Abgeordnetenhaus gelangt. Die Anträge sagen nichts Neues. Alles was dort beantragt wird, haben wir schon seit Jahren in viel präzisierter und einschneidender Form in Wort und Schrift gefordert. Schon 1890 sind jene Forderungen von uns an das preussische Abgeordnetenhaus eingereicht, aber man hat bei der Berathung der Berggesetznovelle (1892) unsere Forderungen nicht beachtet. Dies wird auch mit denen des Gewerbevereins geschehen.

### Verbandsnachrichten.

Kassenschluß ist am 30. April! Wer bis dahin nicht mit der Hauptkassa abrechnete, wird in der Restantenliste veröffentlicht. Wir bitten um pünktliche und vollständige Abrechnung aller Vertrauensleute.

Alle Gelder sind jetzt zu senden an die Adresse: Wilhelm Schürholt, Bochum, Johanniterstr. 22. Um Beachtung dieser Mittheilung bitten wir im Interesse einer geordneten Geschäftsführung.

Der Vorstand. J. A. S. Möller.

Wir machen die Kameraden darauf aufmerksam, daß Berammlungsanzeigen und Bestellungen von Handzetteln nur dann berücksichtigt werden, wenn der Vertrauensmann unterzeichnet. Bei der Jahresabrechnung ist die Zahlstelle Westpholt mit Ober verwechselt worden.

### Aus dem Kreise der Kameraden.

Aus dem Oberbergamtsbezirk Roon. Bochum. Die „Rhein-Westfäl. Arbeiterzeitung“ polemisiert gegen die „Rhein. Zeitung“, die unsere Generalversammlung und den Kongreß sozialdemokratisch nannte. Das erregte natürlich die Aufmerksamkeit der hiesigen Sozialdemokraten, die sich sofort in Referent die Sozialdemokratie angegriffen! Davon ist uns nichts bekannt, obwohl wir alle Referenten haben. Unseres Wissens wurde überhaupt keine Parteilichung angegriffen, und ist nicht bekannt, daß irgend ein einzelner Person die Sozialdemokratie gegenüber unserem Verband. Wir wären, dem genannten Dortmund sehr dankbar, wenn es ein bezeichnendes Referent und in welcher Weise dieser die sozialdemokratische Partei angriff. So lange uns diese Belehrung nicht zu Theil wird, müssen wir annehmen, daß der Mitarbeiter der „Rhein. Westf.“ im Gifer des journalistischen Kampfes des Guten zu viel gelassen.

Wattenscheid. Wer in dieser Zeit Kritik über an irgend einer Ungehörigkeit im Betrieb durch die trotz der bestehenden Unfallversicherung, Jammer und Elend unter die Arbeiter kommt, den nennt man von gewisser Seite einen Sozialdemokraten. Das letzte Grubenunglück auf Zeche Karolinen Glück hat verschiedenen Zechebeamten Anlaß gegeben, den Verband deutscher Zeche- und Hüttenarbeiter infolge seiner Entsendung zweier Hülfenmannschaften zur Rettung der Verunglückten auf obiger Zeche, wieder einmal als Sozialdemokratisch zu bezeichnen. Also weil wir unsere menschliche Pflicht erfüllen und Rettungsmannschaften hinschicken, deswegen sind wir sozialdemokratisch! Und weil die Sozialdemo-

kraten die missliche Zustände, welche auf „Karolinen Glück“ herrschten, einer öffentlichen Kritik unterzogen, muß man vorsichtiger sein mit der Kohlegewinnung! Dies letztere war der Stoffeuser eines Zechebeamten. Uns freut es, daß wir endlich durch unsere Kritik den Grubenbaronen den richtigen Weg zur Einschränkung der Grubenarbeiter gegeben haben.

Essen. Am Sonntag den 24. April, Morgens 11 Uhr, findet in der Rothenburg, großer Saal, eine öffentliche Bergarbeiterversammlung statt, in der u. a. auch Ludwig Schröder-Dortmund sprechen wird. Thema: Knappschäftsreform und die Essener Letzsten. Alle Kameraden haben zu erscheinen. Niemand fehle.

Langendreer. Die Ueberstichten werden vollständig freiwillig verfahren. Wer das noch nicht weiß, der lese nachstehende Bekanntmachung:

Bekanntmachung. Morgen, Samstag, den 16. April cr. wird eine Viertel Uebersticht verfahren.

Personenförderung für die Morgenschicht von 1/2 bis 3 Uhr morgens. Abends 1/2 12 Uhr Schluß der Kohlenförderung. Die Nachtschicht fährt morgen mit der Mittagschicht an. Schacht Arnold, den 15. April 1898.

Name unleserlich. Ton und Fassung dieser „Bekanntmachung“ lassen erkennen, daß es jedem frei steht, nach Beendigung des normalen Schichtes auszufahren. Nur die Heber und gewerksmäßigen Agitatoren werden auch hier den Muth finden, von Zwang zu reden.

Esborn. Eine gut besuchte Bergarbeiterversammlung tagte am 3. April im Lokale der Wwe. Lueg. Kamerad Husemann referirte über das neue Knappschäftsstatut und über die Unfälle im Bergbau. Beide Vorträge wurden von der Versammlung mit Beifall aufgenommen. Sodann wurde eine Resolution, welche den Letzsten verpflichtet gegen das neue Statut zu stimmen, sowie die Möllersche Resolution, betreffend Berginspektion, angenommen. Nach der Versammlung meldeten sich eine Anzahl Kameraden zur Aufnahme in den Verband, um auch hier eine Zahlstelle zu bilden. Wir wünschen der neuen Zahlstelle ein kräftiges Wachsen und Gedeihen. Mögen die Kameraden von Esborn ihre Schuldigkeit thun, um so in einer starken Organisation einen Ball zu bilden gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Dazu ein herzlich Glückwunsch!

Aplerbeck. Kamerad Vohlförster war infolge seines Eintretens für die Organisation von der Zeche „Margarethe“ gemagregelt. Vor einigen Tagen wurden ihm nun von dem Betriebsführer gesagt, er dürfe wieder anfangen. Als er aber angefahren kam der Steiger zu ihm und sagte: „Sie haben auf dem Kongreß schon wieder über unsere Zeche gesprochen. Sie werden zum 1. Mai gekündigt, können aber auch gleich gehen.“ Vohlförster zog vor, sofort zu gehen. So behandelst man Arbeiter, die ihr gesellschaftliches Vereins- und Versammlungsrecht ausüben.

### Aus dem Oberbergamtsbezirk Roon.

Aus dem Saargebiet schreibt uns ein Kamerad: Zu den traurigsten Verhältnissen, welche in Folge des schlechten Lohnes hier hervorgerufen werden, gehören untreulich die Wohnungsverhältnisse. Die meisten unserer Berg- und Hüttenarbeiter wohnen in 2 Zimmern, zum großen Theil Kellerwohnungen. Zwar hat unser Landtagsabgeordneter Wopelius diese traurigen Thatsachen im Landtage berührt, aber diese Herren legen's auf ihre Art aus. Für die Sittlichkeit kann es unbedingt nicht förderlich sein, wenn Vater und Sohn und manchmal erwachsene Töchter in ein und demselben Raum schlafen. Auch ist noch ein anderer Uebelstand dabei zu betrachten. In jeder Familie fast sind kleine Kinder und wie die sich manchmal in Folge Krankheit und Unwohlseins Nachts aufwachen, weiß Jedermann. Wenn nun der Vater früh am Morgen arbeiten gehen, ist er manchmal müder und abgepannter wie Abends und man braucht sich nicht zu wundern, wenn solch einem Arbeiter während der Schicht ein Unglück zustoßt. Der Regierungspräsident von Trier hat auch in Bezug auf das Schlafstättenwesen eine Verordnung erlassen, welche die Zahl der in einem Räume unterzubringenden Arbeiter festlegt. 3. B. müssen auf je einen Arbeiter 10 Kubmeter Luft vorhanden sein, ferner darf das Schlafzimmer nicht mit dem anderer Familie oder des Hausbesizers durch eine Thür verbunden sein. Aber warum werden diese Vorschriften nicht auf oben erwähnte Familie angewandt? Ja, dann müßte der Staat als Arbeitgeber und die Herren Fabrikanten mehr Lohn zahlen, damit der Arbeiter sich selbst zu einer Wohnung verhelfen könnte. Zwar werden auf jeder Inspektion jedes Jahr an 2-3 Bergleute Geschenke von 1500 Mark vertheilt, aber auf nur von der Grube entfernte Orte und da verzichten denn die Arbeiter lieber darauf. Auch der Herr Wopelius gibt seinen Glasarbeitern, wenn sie eine bestimmte Lohnstufe erreicht haben, Geld zum Häuser bauen, aber diese Stufe erreicht nicht jeder und dann verlangt der Herr auch 5 pSt. Zinsen. Ein weiterer Uebelstand ist das Ueberstichten machen hier. Zwar sind das keine Ueberstichten welche eine Verlängerung der Arbeitszeit der ganzen Belegschaft zur Folge haben, um ein höheres Förderungsquantum zu erzielen, sondern es sind das nur so einzelne Klassen: z. B. Zimmerhauer, Maschinenführer, Heizer u. dgl. Zu diesen Arbeiten werden aber in der Regel nur die Baugrütcher und Speidellecker verwandt, diese machen nun in der Regel jeden Monat 30 bis 31 Schichten und erhalten am Jahrlage immer einen annehmbaren Lohn für wenig Arbeit. Dadurch wird natürlich der Lohn künstlich in die Höhe gehalten. Würden aber nur so viel Schichten verfahren, als Arbeitstage im Monate sind, dann könnten anstatt 4, fünf Arbeiter beschäftigt werden bei denselben Kosten und das Geer der Arbeitslosen würde verringert werden. Auch würde die Verwaltung unbedingt profitieren, denn die Leistung wird durch die lange Arbeitszeit sicherlich nicht erhöht.

r. Saarbrücken. Wenn Bergwerksminister reisen. Damit eine vollständige Ueberprüfung der Berginspektion geschehe, brachte der „Bergmannsfreund“ vor dem Osterfest folgende Notiz:

Wie wir vernehmen, wird unser Minister, der Herr Minister für Handel und Gewerbe Bressler, in der ersten Woche nach dem Osterfeste einige Tage im Saargebiet weilen und auch unsere Gruben mit seinem Besuche beehren. In seiner Begleitung werden die Herren Oberbergamtspräsident Freund und Geheimrer Oberbergamtspräsident Huet mit ihm reisen. An die Anwesenheit des Herrn Ministers soll sich dann die diesjährige Generalbesuchung der einzelnen Gruben unmittelbar anschließen. Unsere Belegschaft wird gewiß große Freude und Genugthuung über den hohen Besuch empfinden und den ersten Vertreter unseres obersten Bergherrn im Saargebiet herzlich willkommen heißen.

Nachdem so wärbig für den Empfang gesorgt war, blieb der Erfolg nicht aus und so lesen wir denn auch in der Tagespresse: Die fiskalischen Bergleute des Saargebietes brachten dem Handels- und Bergwerksminister Bressler einen Grubenlampenzug mit Ständchen. Ueber 4000 Bergleute zogen mit den elf Grubenlampen und der Inspektionsfahne an dem Bergwerksdirektionsgebäude, wo der Minister weilte, vorbei. Auf eine Ansprache, die der Leiter des Zuges, Bergamts Huet aus-sonstenthal, hielt, dankte der Minister mit einem Hoch auf den Kaiser. Die Grube Kreuzgraben erhielt den Namen „Bressler“. Sehr schön. Dazu schreibt die „Leipziger Volkszeitung“ treffend: Die Grubenleute der staatlischen Bergwerke des Saargebietes wissen, wie es um den Musterbetrieb steht. Als sie streikten — es war unter dem Ministerium des Schönberr's Verlesch, der jetzt den Wasser-Sozialreformer postirt — wurden sie rücksichtslos gemagregelt. Der Apathie der Ausständigen war gleich einer Sperre der Gruben für die „Rebellen“ auf Lebenszeit. Herr Bressler hat jetzt, nach der Fälle von Grubenkatastrophen, Schutzmaßregeln verheißen, er hat von einer Reform der Grubenaufsicht gesprochen. Was aber wird geschehen? Wird der offiziellen Begeisterung des Fackelzuges nicht der Regenjammer der Enttäuschungen folgen?

### Aus Hannover und Braunschweig.

Donabrück. In einer von nahezu 700 Personen, darunter ein Drittel Bergleute besuchte Versammlung sprach am 17. April Re-

